

## Pressemitteilung

Zur Hetzjagd auf Mitbürger in Mügeln  
Montag, 20. August 2007

### Die Landesregierung und sächsische Institutionen müssen sich noch stärker engagieren

„Wir haben ein Problem in Sachsen“, sagt Christian Demuth. Der Vorsitzende von des Vereins Bürger.Courage ist schockiert über die Vorkommnissen in Mügeln. Nicht nur, dass Menschen täglich von Neonazis schickaniert werden. **Das Problem des Rechtsextremismus ist eine Zukunftsfrage Sachsens!**

Der Vorfall in Mügeln ist kein Einzelfall. Die Entwicklungen in der Sächsischen Schweiz, die Vorfälle im Muldentalkreis, aber auch Angriffe in Straßenbahnen in Dresden sind nur einige weitere Beispiele.

**Die Sächsische Landesregierung muss durch symbolische und instrumentelle Unterstützung zivilgesellschaftliches Engagement stärken.** Die Einrichtung des Programms „Weltoffenes Sachsen“ sei zwar ein erfolgreicher, wenn auch sehr später Schritt. In Sachsen finden regelmäßig die größten Naziveranstaltungen Deutschlands statt – neben den Pressefesten der NPD auch die Demonstrationen zum 13. Februar. **Sachsen ist das Zentrum des deutschen Rechtsextremismus.** Die Landesregierung, die Kommunen und sächsische Institutionen müssen mehr Verantwortung übernehmen. Das Engagement der Zivilgesellschaft kann vieles bewirken, aber nicht alles.

Bürger.Courage fordert die Landesregierung auf unter anderem, der Stärkung demokratischer Deutungsmuster und der Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen in der Jugend- und Schulpolitik eine größere Priorität einzuräumen. **Das Kultusministerium muss stärker – unter Einbeziehung bestehender zivilgesellschaftlicher Ressourcen – in Aufklärungsprojekte für Schüler, Eltern und Lehrer investieren; ebenfalls müssen neue alternative Freizeit- und Bildungsangebote geschaffen werden, um den Neonazis den Boden zu entziehen.**

Die Landesregierung und Ministerpräsident Milbradt muss klarer als bisher die Gefahr betonen, die von rechtsextremen Tendenzen ausgeht. Nicht zuletzt von der CDU, aber auch von anderen Akteuren, fehlen öffentliche Statements. Die Strategie des Verschweigens hat 15 Jahre nicht funktioniert. **Die Sachsen sind eben nicht immun gegen Rechtsextremismus, wie Kurt Biedenkopf behauptet hat.**

Auch mit einem Ausscheiden der NPD aus dem Landtag würde das Problem nicht beseitigt. Alle Daten und Analysen weisen darauf hin, dass wir es mit einem verfestigten Rechtsextremismus, mit Alltagsrassismus in Sachsen zu tun haben.

**Bürger.Courage fordert weiterhin die Gründung eines Landespräventionsrates**, wie er in fast allen anderen Bundesländern besteht, um die verschiedenen Institutionen, Initiativen und Programme besser vernetzen zu können. Mit einem solchen Präventionsrat könnte ein besserer Schutz der Jugend erreicht werden: Nicht nur in Bezug auf Drogen und Gewalt, sondern gerade vor den Neonazis muss die sächsische Jugend geschützt werden.

Yvonne Kaden (0172-3 58 41 01), Christian Demuth (0176-24 03 65 82)